

Abstimmung

Wirtschaft sieht Demokratie bedroht

Die **Industrie- und Handelskammer** sagt dreimal Nein zu den Abstimmungen am 28. September. Die kantonale Volksinitiative zur Offenlegung der Politikfinanzierung sei gefährlich für das demokratische System. Wer seine Privatsphäre in Bezug auf Einkommen und Vermögen nicht gleich völlig aufgeben will, würde sich nicht mehr in der Politik engagieren. Der «finanzielle Entblössungszwang» sei deshalb inkompatibel mit der auf dem Milizprinzip basierenden Demokratie. Die Mehrwertsteuer-Initiative von Gastro Suisse trage nichts zur Vereinfachung bei. Dies sei aber ihr Ziel, so die **Industrie- und Handelskammer**: die Vereinfachung der Mehrwertsteuer. Deshalb setze sie sich weiterhin für den Einheitssatz ein. Die Initiative für eine Einheits-Krankenkasse lehnt der Wirtschafts-Dachverband ab, weil die Schaffung einer Monopolkasse nichts zur Bremsung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen beitrage. (AZ)